



Herbert Otten

26. Januar 2016

**Politik fängt bei den Bürgern an:
Krisen nutzen, um die EU neu zu erfinden.**

Die Internetgemeinde hat es geschafft, die zu weit gehende Gleichschaltung von Politik und etablierten Medien - bekannt als Mainstream - aufzubrechen. Die als vierte Gewalt im Staat titulierte Presse muss sich damit abfinden, dass das Medium Internet ihr eine fünfte Gewalt zur Seite gestellt hat. Das resignative „Wir können nichts tun“ verliert an Bedeutung.

Vera Lengsfeld, Bürgerrechtlerin in der DDR, damals verfolgt und eingesperrt im diktatorischen Unrechtsstaat, fragt in ihrem aktuellen Artikel „Die Fremdheit im eigenen Land“ → http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/die_fremdheit_im_eigenen_land

Was können wir tun? Ihre Antwort:

Die unermüdlichen Helfer aus der Mitte unserer Gesellschaft haben es vorgemacht. Ohne sie wäre aus dem herrschenden Chaos längst eine Katastrophe geworden. Bleibt es aber bei der ungebremsten Zuwanderung, wird das Chaos unvermeidlich in einer Katastrophe enden. Bereits jetzt sind Polizei und Behörden so überfordert, dass der Einsatz der Bundeswehr als Nothelfer erfolgen muss. Als wäre der Katastrophenfall bereits eingetreten. In dieser Situation muss sich jeder Einzelne darauf besinnen, dass er eine Stimme hat und diese Stimme einsetzen. Heute kann man das überall tun: in den sozialen Medien, den Kommentarspalten, auf den Websites oder in den Sprechstunden der Abgeordneten, in Petitionen, öffentlichen Versammlungen, auf Kundgebungen und Demonstrationen.

Mit Druck auf die etablierten Medien, voran auf die beiden staatlich geformten Sendeanstalten ARD und ZDF, traut sich die Presse inzwischen, selbst geschaffene Tabuzonen anzutasten. Angela Merkel wird mit ihrer aktuellen Politik in der Presse massiv kritisiert, wie es noch vor Monaten undenkbar schien.

Das kann nur ein Anfang sein. Grundsätzliche Themen gehören in den Mittelpunkt des Interesses. Weitreichende Themen: mit denen die Bürger aus falsch verstandenem Demokratieverständnis der politischen und medialen Klasse kaum offen konfrontiert wurden. Aktuelle Themen: wie die längst nicht gelösten Finanz- und Staatsschuldenkrisen, damit verbunden die Währungskrisen (nicht nur den Euro betreffend), das weltpolitisch wieder einmal ins Wanken geratene Gleichgewicht, nicht zuletzt die Zuwanderungskrise mit den uns in vielerlei Hinsicht überfordernden Flüchtlingen und Suchenden. Fragestellungen: die für uns Anlass sein müssen, die in den vergangenen Jahrzehnten in Europa geschaffenen Strukturen auf den Prüfstand zu stellen und neu zu erfinden.

Standpunkte:

1. Angela Merkel prägt zwar die derzeitige politische Isolierung Deutschlands in Europa, maßgeblich verantwortlich dafür ist aber eher ein Führungs-Quintett, bestehend aus Merkel, Schäuble, Gabriel, Steinmeier und Seehofer. Mit folgsamen Mitläufern und weitgehend regierungsfreundlichen Parteien. Kritischer sind durchweg die Bürger.
2. Die deutsche Isolierung in der EU ist nicht neu, sie schreitet aber voran. So verfolgt Deutschland als Nation mit geringer Identität das nur selten offen ausgesprochene Ziel der „Vereinigten Staaten in Europa“ (von der Leyen), während große Nationen wie Frankreich, England, Italien, Spanien oder auch Polen gar nicht daran denken, den Kern ihrer Staatssouveränität aufzugeben.
3. Risse in der EU wurden spätestens seit dem Ausbruch der Finanz- und Staatsschuldenkrise sichtbar. Sie konnten bisher nur gekittet werden, weil Deutschland den Großteil der Finanzlasten trägt und im faktischen Haftungsverbund als letzter Zahler angesehen wird. Die Bürger konnten bislang beruhigt werden, indem ihnen die Legende aufgetischt wurde, Deutschland würde wirtschaftlich am meisten von der EU profitieren.
4. Das Vorgehen in der Finanzkrise lässt sich bei der Zuwanderungskrise nicht anwenden, weder in Deutschland noch gegenüber den EU-Partnern. „Zeit kaufen“ mit frischem Geld und neuen Staatsschulden allein reicht nicht aus. Zu groß und zu sichtbar sind schon jetzt die Folgen bis in die Kommunen hinein, während dauerhafte und verträgliche Lösungen nicht erkennbar sind.
5. Ein Kurswechsel der Berliner Politik ist überfällig; die Rückkehr zu einer konsistenten Europapolitik notwendig; die öffentliche Abkehr vom deutschen Traum der „Vereinigten Staaten in Europa“ unter Aufgabe eigener Staatssouveränität unabdingbar. Das alles lässt sich in der heutigen Zwangslage viel schneller umsetzen als allgemein vermutet, jedoch nur mit neuem politischen Personal.
6. Deutschland sollte sich sodann an der Seite der EU-Partner, allen voran mit England und Frankreich, schnellstens auf den Weg machen, die EU rundum zu erneuern, zu entzerren und staatliche Aufgaben in die Mitgliedsländer zurück zu verlagern.
7. Mit mutigen politischen Entscheidern in den Mitgliedsstaaten und passenden neuen Strukturen muss uns um die EU nicht bange sein. Wir brauchen ein Europa als wendigen Flottenverband mit Chorgeist, nicht als schwerfälligen Tanker mit 28 Kapitänen auf der Kommandobrücke.